

Ingrid Wenzler

Die GGG von 1999 bis 2007

Der Berliner Gesamtschulkongress stellte insofern ein Novum in der Geschichte der GGG dar, als es zum ersten und bisher einzigen Mal zu einer Kampfkandidatur um den Vorsitz der GGG kam. Zwei Mitglieder des amtierenden Vorstandes, Christoph Heuser und Ingrid Wenzler, bewarben sich um den Vorsitz. Hintergrund waren unterschiedliche Einschätzungen zur Positionierung der GGG hinsichtlich der Beurteilung und des Umgangs mit den internationalen Leistungsvergleichen. In den 90er Jahren waren die ersten Untersuchungen, TIMSS und BiJU, veröffentlicht worden. Statt sie sorgfältig wissenschaftlich auszuwerten und in einem breit angelegten, offenen Diskussionsprozess ihre Bedeutung für die Bildungspolitik auszuloten, wurden sie in der Öffentlichkeit in einer atemberaubenden Weise gegen Gesamtschule instrumentalisiert.

Für die GGG war dies eine große Herausforderung. War das, was hier passierte, noch Wissenschaft? Stellten sich beauftragte Wissenschaftler nicht einer politischen Kampagne zur Verfügung, deren Ziel die Aburteilung der Gesamtschule war? Welche Position nahm die GGG dazu ein, wie kritisch, wie distanziert oder wie offen?

Das Stimmenverhältnis bei der Wahl machte deutlich, dass sich zwar eine Mehrheit für die kritischere Linie entschieden hatte, dass aber eine große Minderheit den Gegenkurs gewählt hatte. Es war deutlich, dass es sich um zwei starke Strömungen handelte. In dieser Situation musste es die erste und wichtigste Aufgabe des neuen Vorstandes sein, die GGG als starke Interessenvertretung der Gesamtschule zu erhalten, denn die GGG wurde gerade jetzt als politische Stimme gebraucht.

Die beiden Maßnahmen des neuen Bundesvorstandes erweisen sich als erfolgreich: die Gründung des „Arbeitskreises PISA“ und die Intensivierung der Kontakte zum Grundschulverband.

Der AK PISA

Am 7.12.2001 wurden die Ergebnisse der ersten PISA-Untersuchung publiziert. Für Bildungsinteressierte ist es heute kaum noch vorstellbar, welche Spannung seit Ende der 90er Jahre herrschte. Es gab zahllose Treffen, Kongresse, Publikationen, die Beschäftigung mit den Fragestellungen und den Untersuchungsmethoden. Sie alle dienten dem Ziel, durch eigene Einmischung sicherzustellen, dass die Debatte im Anschluss von PISA nicht erneut so schief wie die TIMSS-Rezeption werden konnte. Die Skepsis war nicht nur durch die Erfahrungen mit TIMSS und BiJU begründet, sondern zusätzlich noch durch den Beschluss der Kultusministerkonferenz, einen innerdeutschen Ländervergleich mit veränderten Aufgabenstellungen durchzuführen.

Der GGG gelang es, im AK PISA eine sorgfältige, konstruktive und einigende Diskussion zum strategischen Umgang der GGG mit den laufenden PISA-Untersuchungen zu führen. Heft 53 der Blauen Reihe mit dem Titel: „Fachleistung, Schulstruktur, Verteilung von Chancen. Ergebnisse neuerer Schulleistungsuntersuchungen“ lag rechtzeitig vor dem 7.12.2001 vor und war ein Material der GGG, das in dieser Debatte große Resonanz und Nachfrage erfuhr.

Die Mitgliederversammlung im Rahmen des Lübecker Gesamtschulkongresses vom Mai 2001 verabschiedete mit großer Mehrheit eine „Stellungnahme der GGG zur Schulleistungsforschung“ als gemeinsame Grundlage für das weitere Agieren der GGG in Bund und Ländern.

Es war eine Zeit intensivster Beschäftigung mit empirischer Schulleistungsforschung, aber auch mit Grundorientierungen von Schulsystemen (Fördern oder Auslesen), mit didaktischen Konzepten, mit neuen Konzepten von Leistung, mit erfolgreichen Modellen in anderen europäischen Ländern. Das Motto des Kongresses von 2001: „Leistung gegen den Trend – eine solidarische Schule“ in der Lübecker Geschwister-Prenski-Schule drückt dies prägnant aus. Experten aus Schottland, der Schweiz und Deutschland richteten den Blick auf das System Schule, auf die Lehrenden und auf die Lernenden.

Schon im Jahr 2002 folgte mit Heft 54: „PISA International. Informationen und Analysen – Stellungnahmen – Berichte aus Ländern mit integrierten Schulsystemen“ die zweite Publikation aus dieser Arbeit, wieder mit einem gemeinsamen Verbandsbeschluss: „Orientierungen der GGG für eine Weiterentwicklung des Schul- und Bildungssystems nach der internationalen PISA-Studie“ vom Mai 2002.

Auch der Gesamtschulkongress 2003 stand im Zeichen der Beschäftigung mit PISA. Er fand in der Europaschule Köln unter dem Motto: „Ja zur Vielfalt – miteinander und voneinander lernen – Gesamtschule“ statt. Als Hauptredner konnte der internationale PISA-Koordinator Andreas Schleicher gewonnen werden, der mit einer beeindruckenden Ergebnispräsentation der PISA-Ergebnisse von 2001 die Überlegenheit integrierter Schulsysteme schlüssig darstellte. Auf die Diskussionsfrage, ob die OECD nicht eine wissenschaftliche Untersuchung durchführen lassen könne, um wissenschaftliche Aussagen zur Frage der Überlegenheit eines integrierten oder selektiven Schulsystems zu finden, antwortete er bündig: Das wird niemand finanzieren. Die Frage ist –zugunsten integrierter Systeme- entschieden. Die internationalen Foren mit ExpertInnen aus Schweden, Finnland, England und Kanada trafen auf außergewöhnlich positive Resonanz, weil sie vielen Lehrern und Lehrerinnen erstmals originale Einblicke in die Bildungssysteme dieser erfolgreichen Länder eröffneten.

Der Kölner Gesamtschulkongress brachte als wichtige Erkenntnis, dass es nun notwendig ist, in Deutschland die Abschlussbedingungen an Gesamtschulen auf die Tagesordnung zu setzen. 21 Jahre nach dem Beschluss der KMK-Vereinbarungen von 1982 mit ihren harten Differenzierungsaufgaben an Gesamtschulen definierte die GGG es jetzt als ihre politische Aufgabe, die Verpflichtung zur Fachleistungsdifferenzierung als Voraussetzung für die Anerkennung von Schulabschlüssen an Gesamtschulen aktiv zu bekämpfen. Die Gesamtschulen sollten die Möglichkeit bekommen, selbst zu entscheiden, ob sie weiterhin differenzieren oder ob sie mit undifferenzierten, heterogenen Lerngruppen bis zum Ende der Sekundarstufe I arbeiten wollen.

Damit war die Arbeit des AK PISA beendet. Der AK arbeitete weiter, nun als „AK KMK“ mit dem Auftrag, eine Änderung der KMK-Beschlüsse von 1982 zu befördern.

Intensivierung der Kontakte zum Grundschulverband Initiative Länger gemeinsam lernen

1969 war nicht nur die GGG gegründet worden, sondern auch der Arbeitskreis Grundschule, später Grundschulverband. Er hatte sich die pädagogische Entwicklung der Grundschule zur Aufgabe gemacht. Frühere Annäherungsversuche zwischen GGG und AK Grundschule waren immer wieder an der Frage gescheitert, wie lange das gemeinsame Lernen gefordert wird: sechs

Jahre nach Vorstellung des Grundschulverbandes, bis zum Ende der Pflichtschulzeit nach Meinung der GGG. Ganz sicher aber war für die GGG im Bund, dass die Gesamtschule aktuell nicht auf die integrierten Jahrgänge 5 und 6 verzichten würde.

Die politischen Entwicklungen im Zusammenhang mit den großen Schulleistungsuntersuchungen führten zur Annäherung beider Verbände. Ohne zu entscheiden, wo die Jahrgänge 5 und 6 anzubieten seien, waren beide Verbände einig, dass alle Kinder, einschließlich jener mit besonderem Lernvermögen und jener mit Behinderungen, in einer Schule gemeinsam lernen sollten. Im Februar 2001 trafen sich je 15 VertreterInnen beider Verbände zu einer gemeinsamen Konferenz in Kassel. Dort wurde die „Gemeinsame Grundsatzposition von Grundschulverband und Gesamtschulverband: Länger miteinander und voneinander lernen“ erarbeitet und anschließend von den Gremien beider Verbände verabschiedet.

Dieses Dokument verdient es, historisch genannt zu werden. So fanden zentrale Ideen der Erklärung Eingang in den allgemeinen Sprachschatz, z.B. „Länger gemeinsam lernen“, „miteinander und voneinander lernen“.

Es wurde überdies zum Gründungsdokument der größten und dauerhaftesten Verbändekooperation im bildungspolitischen Bereich. Grundschulverband und Gesamtschulverband hatten andere Verbände eingeladen, sich durch Unterzeichnung der Grundsatzposition der Initiative „Länger gemeinsam lernen“ anzuschließen. Die Initiative einte die Forderung nach „einer Schule für alle Kinder bis zum Ende der Pflichtschulzeit“. GEW, Aktion Humane Schule, der Bundeselternrat, regionale und lokale Elternvertretungen, Verband Sonderpädagogik, Landesschülervvertretungen schlossen sich an. Die Koordination lag beim Grundschulverband und dem Gesamtschulverband. Das Buch „Länger gemeinsam lernen“ wurde im Jahr 2003 als gemeinsame Publikation von Grundschulverband und Gesamtschulverband herausgegeben, Die Fülle der Gesichtspunkte, Beispiele und Argumente zum Thema „Eine Schule für alle Kinder“ macht es auch sieben Jahre nach seinem Erscheinen noch zur klassischen Basisinformation zum Thema (Heft 55 der Blauen Reihe der GGG). Durch seine inklusive Orientierung und Argumentation ist es weiterhin aktuell.

Höhepunkt der Aktionen der „Initiative Länger gemeinsam lernen“ war das Bildungsfest „Länger gemeinsam lernen“ im Rahmen des 29. Gesamtschulkongresses in Kleinmachnow. Dort feierte die Initiative die Tatsache, dass sich (damals schon) zwölf große bildungspolitische Organisationen zusammen gefunden hatten, um sich gemeinsam für eine kindgerechte, sozial gerechte, gemeinsame und gute Schule für alle einzusetzen. Für die Hauptrede konnte Prof. Dr. Rita Süßmuth, CDU, gewonnen werden.

Die inhaltliche Weiterentwicklung der Zusammenarbeit konkretisierte sich in der „PISA-Lupe“. Sie ist ein Angebot an alle Schulen zur Selbstbefragung und Selbstentwicklung in „finnischem Denken“ und sozialer Gerechtigkeit. Die „PISA-Lupe“ wurde im Rahmen der didacta sowie in mehreren Zeitschriften vorgestellt, und ein gemeinsames Seminar aller Mitgliedsverbände Ende April 2006 in Hannover entwickelte Ideen zur weiteren Verbreitung. Knapp 20 bildungspolitische Vereinigungen bilden heute die Initiative „Länger gemeinsam lernen“ (www.laenger-gemeinsam-lernen.de)

Zusammenarbeit mit der GEW

Die PISA-Untersuchungen führten auch zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit der GEW. Über die Zusammenarbeit im Rahmen der „Initiative Länger gemeinsam lernen“ hinaus gab es strategische Denkrunden am Himmelfahrtswochenende zwischen Kongressjahren, gemeinsame

Veröffentlichungen und Presseerklärungen, viele durch die GEW veranstaltete überregionale Kongresse sowie die Möglichkeit für die GGG, ihre Positionen am GEW-Stand der didacta zu präsentieren. So konnte die Defensive im Anschluss an die TIMSS-Periode überwunden werden. So wurde der Boden für die korrekte Verbreitung der PISA-Ergebnisse bereitet und deren vielfach versuchte Umdeutung verhindert. Dass als Hauptproblem des deutschen Schulsystems seine hierarchische Schulstruktur überhaupt zum Thema werden konnte, dessen soziale Selektivität und Ungerechtigkeit nicht mehr ernsthaft bezweifelt werden, ist bei weitem nicht selbstverständlich.

Wenn deutsche Bildungsreisende aus Regierungen aller politischen Richtungen seit 2002 in Schweden und Finnland viele Gründe für die guten Leistungen der dortigen Schulsysteme entdeckten außer dem der gemeinsamen Schulstruktur, so zeigt dies die Größe der weiter bestehenden Ablehnung von Schulstrukturreformen in integrativer Richtung. Es zeigt, wie weit entfernt deutsche Parteien und Regierungen noch von der Akzeptanz der PISA-Botschaften sind, wie unerwünscht die Einsichten aus den Leistungsvergleichen verschiedener Schulsysteme. Selbst die vielen neuen und bemerkenswerten Stimmen gegen das dreigliedrige Schulsystem und für eine gemeinsame Schule für alle haben keinen Durchbruch zu bewirken vermocht: der Handwerkskammertag Baden-Württembergs, Bertelsmann, McKinsey-Chef Kluge und viele andere mehr.

Der AK KMK

Ebenso dick sind die „Bretter, die zu bohren“ waren, um von der Kultusministerkonferenz eine Öffnung der rigiden Differenzierungsvorschriften zu erreichen. Nicht einmal so struktureneutrale Argumente wie die Einführung der Standardorientierung in den Lehrplänen, die zentralen Abschlussprüfungen und die „Selbstständige Schule“ führten zu der notwendigen Konsequenz, den Schulen die innere Organisation der Leistungsförderung zu überlassen. Viele Vorstöße Richtung Kultusministerkonferenz, mehrere Mitgliederversammlungen und Tagungen sowie das Heft 56 der Blauen Reihe: „Gesamtschulen weiter entwickeln. Pflicht zur äußeren Fachleistungsdifferenzierung aufheben“ waren erforderlich, um Bewegung bei der KMK zu erreichen. Eine große Hilfe dabei waren die Gesamtschulen, die unter der Hand schon Modelle der Binnendifferenzierung praktizierten, evaluierten und deutliche Leistungsverbesserungen bei mehr sozialer Integration und Gerechtigkeit nachweisen konnten. Sie „outeten“ sich mit ihren Konzepten und Erfolgen. Aber nicht alle Gesamtschulen konnten das wagen, wollten sie ihre gute Praxis nicht riskieren. Dieses Bohren und der schließlich gefundene Kompromiss in der Kultusministerkonferenz, das so genannte „Toleranzedikt“, stellten einen Durchbruch dar, der in einer sehr großen Zahl von Gesamtschulen eine Wende in der Diskussion herbeiführte. Statt mehr Differenzierung zu diskutieren, lautet die Diskussionsfrage in immer mehr Gesamtschulen, wie weniger äußere Differenzierung zu schaffen sei. Einen wirklichen Schub in diese Richtung stellte die Fachtagung „Klasseninterne Differenzierung – wie geht das?“ vom November 2008 in der Gesamtschule Friedenstal in Herford dar, einer Gesamtschule, die inzwischen ganz auf die äußere Fachleistungsdifferenzierung in der Sekundarstufe I verzichtet und beste Erfahrungen und Ergebnisse erzielt.

Öffentlichkeitsarbeit

Neben der Fortführung der bewährten Praxis von Stellungnahmen zu bildungspolitischen Themen, Kontakten mit politischen Entscheidungsträgern im Bund, auf KMK-Ebene und in der Ländern, Wahrnehmung der Möglichkeiten, zu verschiedenen Fragestellungen der KMK Position zu beziehen, begannen im Berichtszeitraum zwei neue und zukunftssträchtige Elemente der Öffentlichkeitsarbeit: der Aufbau einer homepage der GGG und die jährliche Übersicht zu den

Anmeldeergebnissen an Gesamtschulen in vielen Bundesländern. Insbesondere die Anmeldeergebnisse fanden von Anfang an breite Aufmerksamkeit in den Medien, und heute sind die jährlichen Berichte, überwiegend auf Länderebene, im Frühjahr Momente hohen Presse- und Öffentlichkeitsinteresses.

Angebahnt wurde ebenfalls die Umstellung der GGG-Arbeit in der Geschäftsstelle hin zu einer hauptamtlichen Geschäftsführung, die inzwischen institutionalisiert ist.

Der 30. Gesamtschulkongress fand im September 2007 in der Gesamtschule Sulzbachtal in Saarbrücken-Dudweiler unter dem Motto: „Gesamtschule – die souveräne Entscheidung“ statt. Die Diskussionen im Vorfeld des Kongresses und auf ihm entsprachen nicht unbedingt dem Kongressmotto. Im Vorfeld des Kongresses war erneut eine Debatte über die strategische Ausrichtung der GGG entstanden. Stimmen zugunsten der Zweigliedrigkeit als Zwischenschritt wurden mit großen Mehrheiten zurückgewiesen. Dies galt auch für die Position der Vorsitzenden, den Weg zu mehr Integration und schließlich Inklusion über die Gesamtschule, ihren Ausbau, ihre pädagogische Weiterentwicklung zu suchen, nicht über andere Bezeichnungen oder Konzepte. Die Debatten dieses Gesamtschulkongresses resultierten in der späteren Umbenennung der GGG zum „Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens“, getragen von klaren Mehrheiten in allen Gremien der GGG.